

Thomas Borer

„Wir haben ein Monster geschaffen“

Der frühere Schweizer Botschafter in Deutschland spricht über das Ende der Credit Suisse, die Chance auf Waffenlieferungen aus der Alpenrepublik und die Chancen für eine Annäherung an Europa.

Herr Borer, Sie haben in den 80er-Jahren für die Credit Suisse gearbeitet, in der Vergangenheit aber auch Kunden beraten, die gegen das Institut juristisch vorgegangen sind. Haben Sie dieses Ende der Bank vorhergesehen?

Für mich war es keine Überraschung. Als Krisenmanager weiß ich, dass gemäß „Murphy's Law“ alles, was schiefgehen kann, schiefgeht. Die Führung um Tidjane Thiam und Urs Rohner hat schwerwiegende Fehler gemacht. Die Investmentbank war wie ein Mühlstein am Hals, Kultur und Risk-Management waren Wilder Westen. Die Nachfolger haben das Ruder nicht rechtzeitig rumgerissen. Mir tun insbesondere die Tausenden Mitarbeiter leid, die stets einen guten Job gemacht haben.

Viele Experten sind der Meinung, dass eine Verstaatlichung die bessere Alternative gewesen wäre.

Die Verantwortlichen von Bundesrat, Schweizer Nationalbank und Finanzaufsicht haben erklärt, der Notverkauf an die UBS sei alternativlos. Gut möglich, dass dies am Sonntagabend, bevor die Märkte öffneten, der Fall war. Aber man hätte schon früher reagieren können. Eine kurzzeitige Verstaatlichung hätte man über einen Börsengang des Schweizgeschäfts finanzieren können. Das wäre die bessere Lösung für die Schweiz gewesen.

Wieso konnte sich die Schweizer Regierung nicht zu einer Verstaatlichung durchringen?

Die Schweiz kann Krise nicht. Wir haben auch kein politisches System, das auf Krisen zugeschnitten ist.

Wie genau meinen Sie das?

Ich spreche explizit nicht über die Bewältigung von Naturkatastrophen, die funktioniert sehr gut. Wir haben aber immer Probleme im Umgang mit politischen und wirtschaftlichen Krisen. Meine These ist: Das hängt mit dem politischen System zusammen. Es gibt sieben gleichberechtigte Bundesräte. Der Bundespräsident wechselt jedes Jahr, er hat auch keine Richtlinienkompetenz wie der deutsche Kanzler. Das führt dazu, dass niemand verantwortlich ist, Probleme vorherzusehen und zu managen.

Schadet die Bankenkrise der Schweiz international?

Das ist sicherlich ein großer Reputationsverlust. In den USA sprechen einige Medien schon von der „Bananenrepublik“ Schweiz. Der Finanzplatz Schweiz argumentiert stets damit, dass die Eidgenossenschaft der Hort der Stabilität sei. Dieses Bild kam am Wochenende ins Wanken. Das wird noch lange in den Köpfen der Menschen bleiben. Hinzu kommt: Auch der Rechtsstaat hat gelitten.

Inwiefern?

Es gibt ja eigentlich klare Regeln, wie die Aufsicht eine Bank im Krisenfall



Thomas Borer: Diplomat in Klartext-laune.

Gilt das auch für Munitionslieferungen? Verstehen Sie den Ärger der Deutschen über Exportblockaden etwa für die Gepard-Munition?

Den verstehe ich, aber die Deutschen müssen auch die Schweizer verstehen. Die Neutralität ist in der Schweiz tief verwurzelt. Sie hat in unserer Historie dazu beigetragen, dass wir seit 1815 in keinen Krieg auf diesem Kontinent hineingezogen wurden. Es ist richtig, dass in einem friedlichen Europa die militärische Neutralität an Bedeutung verloren hat. Wir müssen uns fragen, ob nicht eine noch nähere Anlehnung an unsere westeuropäischen Freunde, mit denen wir alle Werte teilen, eine bessere Strategie ist, um unsere Interessen zu wahren. In einer direkten Demokratie braucht dies eine längere Diskussion – das kann nicht über Nacht geschehen.

Wie groß ist die Chance, dass die Schweiz ihr Neutralitätsverständnis zumindest so ändert, dass indirekte Waffenlieferungen über den Export von Verbündeten möglich werden?

Die Schweiz ist immer dann in der Lage, ihre Neutralitätspolitik zu verändern, wenn ein konkreter Einzelfall das Problem verdeutlicht. Nach der Invasion von Kuwait durch den Irak hat die Schweiz gegen das Regime von Saddam Hussein erstmals Wirtschaftssanktionen verhängt. Das ist die Grundlage dafür, dass die Schweiz sich an den Russlandsanktionen beteiligt und die Ukraine großzügig mit humanitären Mitteln unterstützt. Geschätzte 90 Prozent der Schweizer Bevölkerung sind beim Thema Ukraine auf der Seite des Westens. Jetzt muss die Politik die Bevölkerung noch überzeugen, dass es sinnvoll ist, Ländern wie Deutschland, Frankreich oder Polen dabei zu helfen, die Ukraine auch militärisch zu unterstützen.

Eine Initiative der Schweizer Volkspartei will eine strenge Auslegung der Neutralität in der Verfassung festschreiben, die selbst eine Beteiligung an den Sanktionen gegen Russland unmöglich macht. Wie groß ist das Risiko, dass sich die Schweiz von Europa abwendet?

Wir sind das europäischste Land auf diesem Kontinent. Wir entfernen uns nie von Europa. Bezüglich der SVP-Initiative müssen wir mit guten Argumenten erklären, wieso die Neutralität eine stumpfe Waffe geworden ist. Sie hat übrigens auch ihre innenpolitische Bedeutung verloren. Historisch war sie wichtig für den Zusammenhalt des Landes, zum Beispiel zwischen Katholiken und Protestanten im Dreißigjährigen Krieg. Im Ersten Weltkrieg war die Deutschschweiz klar auf der Seite des deutschen Kaiserreichs, die Romandie auf Seite Frankreichs. Ohne die Neutralität hätte sich das Land vielleicht aufgespalten. Diese Gefahr besteht heute nicht mehr.

Herr Borer, vielen Dank für das Interview.

Die Fragen stellte Jakob Blume.

Vita

Der Berater: Thomas Borer ist Unternehmensberater und Lobbyist. Er beriet in der Vergangenheit auch Kunden der Credit Suisse, die das Institut verklagten.

Der Diplomat: Der promovierte Jurist begann seine Karriere bei der CS in Genf, wechselte bald in den diplomatischen Dienst. Von 1999 bis 2002 war er Botschafter der Schweiz in Deutschland.

abwickeln kann. Trotzdem haben die Verantwortlichen zu Notrecht gegriffen. Es ist erstaunlich, dass die Aktionäre teilweise geschützt wurden, während bestimmte Anleihegläubiger alles verloren haben. Das ist unschön.

Ist die neue UBS zu groß für die Schweiz?

Sie ist ein riesiges Klumpenrisiko. Wir haben ein Monster geschaffen. 1500 Milliarden Franken Bilanzsumme: Wie soll ein Land mit einem Bruttoinlandsprodukt von 700 Milliarden diese Bank jemals retten können? Der zweite Punkt ist die große Wettbewerbsverzerrung: Die UBS kontrolliert ein Drittel des Markts in der Schweiz. Das ist schlecht für schweizerische Unternehmen, die auf Bankdienstleistungen angewiesen sind.

Sie haben es eben selbst gesagt: Die Schweiz reagiert in politischen Krisen mitunter zu langsam. Trifft das auch auf Russlands Invasion in die Ukraine zu?

In diesem Fall haben ja nicht nur die

Schweizer langsam reagiert. Da gibt es noch ein nördliches Nachbarland, welches auch seine Zeit gebraucht hat, um Panzerlieferungen zu genehmigen. Ich muss betonen: Die Schweiz hat trotz ihrer Neutralität die Russlandsanktionen konsequent umgesetzt und tut das nach wie vor.

Unternimmt die Schweiz genug, um russische Vermögenswerte zu beschlagnahmen?

Das Staatssekretariat für Wirtschaft hat umgehend Vermögen sanktionierter Russen im Umfang von 7,5 Milliarden Franken in der Schweiz eingefroren. Wenn andere Länder uns kritisieren, wir müssten mehr Gelder sperren, dann sollen sie uns einfach den Namen der Treuhänder oder der Banken nennen, die das Vermögen verwalten, und Beweise liefern. Die zuständigen Stellen werden diese Gelder sofort blockieren. Übrigens wäre es besser, der Westen würde sich auf Länder wie die Türkei konzentrieren, welche die Sanktionen aktiv zu umgehen helfen.